

Ratssitzung

CDU, FDP und FWG tragen Haushalt – SPD enthält sich

Von unserem Redaktionsmitglied ANKE RAUTENSTRAUCH

Ennigerloh (gl). CDU, FWG und FDP haben bei der Ratssitzung am Montagabend den Haushalt 2013 beschlossen. Gegen den Etat stimmte die GAL. Die SPD enthielt sich wie schon im vergangenen Jahr der Stimme.

„Die Ergebnisse der Haushaltsberatungen gehen in die richtige Richtung und setzen wichtige Signale für die weitere Vorgehensweise in diesem Jahr“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Guido Gutsche. Er nannte als Beispiele die Erstellung eines Raumnutzungskonzepts für öffentliche Gebäude und die Überprüfung der Verwaltungsstruktur, um die Effizienz zu steigern und Kosten einzusparen. Zu den Investitionen stellte Gutsche fest, dass nur das Nötigste machbar

sei. Bernhard Dombrink (FWG) verdeutlichte, dass die Freien Wähler dem Haushalt für 2013 zustimmten, weil viele ihrer Zielsetzungen sich dort wiederfinden. „Künftigen Haushalten werden wir nur zustimmen, wenn eindeutig errechenbar ist, dass mittelfristig die Finanzen der Stadt sich ausgeglichen darstellen“, betonte der FWG-Fraktionsvorsitzende.

Hans-Henner Eisenhuth (FDP) stellte zum Haushalt 2013 fest, dass mit ihm die Weichen für den nächsten Sparhaushalt zwangsläufig schon gestellt seien. Zu einer durchgreifenden, dauerhaft wirkenden Sparpolitik habe man sich gemeinsam durchgerungen, sehe man von den „karnevalistischen Überlegungen“ der GAL einmal ab. Man wolle aber auch genau hinzuhören, was die Bürger eigentlich bewege.

Siggi Darga machte hingegen

deutlich, warum die GAL den Haushalt ablehne: „Wenn wir über den Haushalt 2013 sprechen, dann müssen wir auch über den Ostring sprechen. Die CDU war aber zu keiner Zeit bereit, den Bau des Ostrings ernsthaft zu hinterfragen. Dieses ist der eigentliche Skandal der Haushaltsplanberatungen.“

SPD-Chef Jürgen Wagner erklärte, warum die SPD sich bei der Abstimmung zum Haushalt enthalte: Auf der einen Seite stehe im Haushalt eine Steigerung von Auszahlungen und Aufwendungen, die notwendig und unabwendbar seien. „Zwei Millionen Euro für den Bau des Ostrings im Haushalt zu belassen, halten wir hingegen weiterhin für falsch.“ Die SPD begrüße aber den mehrheitlichen Willen des Rates, die strukturellen Gegebenheiten auf den Prüfstand zu stellen, sagte der Fraktionschef.



Die Alarmmuckeln befinden sich in den Hallen des Feuerwehrgerätehauses Hoest unmittelbar neben den Fahrzeugen, wie Löschzugführer Hubert Höner zeigt. Diese und weitere Sicherheitsmängel sind der Grund, warum die Stadt Ennigerloh mehrere Millionen Euro in den Umbau beziehungsweise Neubau von Feuerwehrgerätehäusern in diesem und in den nächsten Jahren investieren muss. Archivbild: Rautenstrauch

Guido Gutsche (CDU)

Lülf hat unberechtigt Hoffnungen geschürt

Ennigerloh (art). Wollte man das Haushaltsdefizit ausgleichen, so müssten laut CDU-Fraktionsvorsitzendem Guido Gutsche die Steuern erhöht und die Kosten gesenkt werden. Das hieß zum Beispiel: beide Bäder in Ennigerloh, die Alte Brennerei und das Jugendzentrum zu schließen, um 1,4 Millionen Euro zu sparen. „Diesen Weg beschreitet der Haushaltsplan 2013 noch nicht. Es würde ein Aufschrei durch die Bevölkerung gehen, denn Ennigerloh würde ein Gutteil seiner Infrastruktur verlieren. Und wer will schon kurz vor der Kommunalwahl den schwarzen Peter haben?“, fragte Gutsche. Er kritisierte, dass der Bürgermeister kaum Investitionen in den Haushaltsplanentwurf aufgenommen, aber andernorts die Hoffnung geschürt habe, „dass doch mehr machbar sei, als tatsächlich ist“. Ratsvertreter seien von Eltern bedrängt worden, weil



der angeblich bereits zugesagte Mensaanbau Sparbemühungen zum Opfer fallen sollte, erklärte Gutsche. „Ich wusste von keinerlei Zusagen.“ Gutsche merkte dazu an, dass „die Feuerwehr den Rat vor Kürzungen bei gesetzlichen und durch die Berufsgenossenschaft vorgegebenen Maßnahmen warnt und mahnt, obwohl die Beurteilung von gesetzlichen Pflichtaufgaben Kerngeschäft der Verwaltung und des Bürgermeisters ist“.

Befindet sich eine Stadt in einer finanziell schlechten Lage wie Ennigerloh, sollten nicht nur die Kosten optimiert werden, sondern die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben, betonte Gutsche. Das betreffe Gewerbegebiete und die Verbesserung der Fernstraßenanbindung. „Ohne diese Rahmenbedingungen wird Ennigerloh Unternehmen, Arbeitsplätze und Menschen verlieren.“ Gutsche verteidigte in diesem Zusammenhang den Ostring. Er entlaste nicht nur die Menschen von Verkehr, sondern führe auch zur A2 und sichere Gewerbesteueraufkommen.

Jürgen Wagner (SPD)

Bis auf Ostring kaum etwas ausgelassen

Ennigerloh (art). „Überall wurde das Unterste zu Oberst gekehrt, um auch noch den letzten Einsparungseuro zu finden. Vom Sinn und Zweck einer nächtlichen Ampelschaltung über die Nützlichkeit von Rasenmäherrobotern bis hin zur Weihnachtsbeleuchtung, es wurde kaum etwas ausgelassen – bis auf den Ostring.“



Mit diesen Worten beschrieb Jürgen Wagner die zurückliegenden Haushaltsplanberatungen. Der SPD-Fraktionschef kritisierte, dass CDU, FWG und FDP zunächst alle Baumaßnahmen zum Beispiel für die Feuerwehr und die Mensaerweiterung an der Gesamtschule abgelehnt hatten. In einer darauffolgenden Sitzung hätten die Fraktionen auf einmal Anträge gestellt, die genau in die andere Richtung gegangen seien. „Ohne dass auf die einzelnen Punkte näher eingegangen wurde, musste die Kämmerin zusätz-

liche Mehrausgaben in Höhe von rund 4,5 Millionen Euro in den Haushaltsplan einarbeiten.“ Zusammen mit den 2 Millionen Euro für den Bau des Ostrings habe die Stadt Ennigerloh Ausgaben in Höhe von 6,5 Millionen Euro bis 2016 zu stemmen. Bis zum Jahr 2016 kämen 350 000 Euro an zusätzlichen Kosten für Tilgung und Zinsen auf Ennigerloh zu, errechnete Wagner.

Das strukturelle Defizit könne nicht allein durch punktuelle Einsparungen an der einen oder anderen Stelle überwunden werden. Einige Fraktionen, auch die SPD, habe Anträge eingebracht, um die von der Stadt zu leistenden öffentlichen Aufgaben und Verpflichtungen grundlegend zu überprüfen und kostensenkend zu verändern. „Wir müssen uns darüber klar sein, dass dieser Weg nicht einfach und problemlos zu bewältigen sein wird“, betonte Wagner. Entscheidung werde es sein, dass dieser Weg ernsthaft und ohne parteipolitische Vereingenommenheiten beschränkt werden. Es verstehe sich von selbst, die Bürger mitzunehmen.

Bernhard Dombrink (FWG)

Kommende Jahre werden schmerzhaft

Ennigerloh (art). Die FWG Ennigerloh hat laut ihrem Fraktionsvorsitzenden Bernhard Dombrink an allen Stellen nach Einsparungen gesucht. Am Ende der Beratungen sei man bei den Leistungen für die Vereine für 2013 im Wesentlichen bei den Vorjahresansätzen geblieben, „auch um ein verlässlicher Partner der ehrenamtlich tätigen Menschen in unserer Stadt zu sein“.



In den Folgejahren werde das nicht mehr so sein, kündigte der FWG-Chef an. „Wir werden am Ende dieses Jahres zu einem Sparpaket kommen müssen, dass Ausgabenkürzung und Ausgabenstreichung nie da gewesen Ausmaßes beinhaltet.“ Das wird Schmerzen bereiten. „Jede Aufgabe der Stadt müsse auf den Prüfstand.“ „Ich glaube aber, die Bürger dieser Stadt verstehen, dass wir unseren Kindern nicht riesige Schuldenberge hinterlassen dürfen.“

Bei den Schulen wolle die FWG nicht sparen. Eine Mensaerweiterung könne aber für 500 000 Euro trotzdem nicht gebaut werden. Man werde nach preiswerteren Lösungen suchen und dann bauen, sagte Dombrink. Der FWG-Fraktionsvorsitzende forderte zu den notwendigen Investitionen für den Neubau der Feuerwehrgerätehäuser Ennigerloh und Hoest sowie beim Umbau der Feuerwache in Westkirchen saubere und verlässliche Kalkulationen der Kosten und innovative, in die Umgebung eingepasste Architektur. Wesentlicher Punkt in den Sparbemühungen der FWG seien die Bewirtschaftungskosten für städtische Gebäude. Hierzu erwarte Dombrink von der Verwaltung eine Beurteilungsgrundlage, um „saubere Entscheidungen“ treffen zu können.

„Die Haushalte der kommenden Jahre werden auf der Einnahmeseite nicht dazu verleiten, Geschenke zu verteilen“, sagte Dombrink. Es sei Aufgabe eines guten Kommunalpolitikers, auch in Dürrezeiten die Menschen in seiner Stadt mitzunehmen.



Am geplanten Ostring in Ennigerloh scheiden sich die Geister. Weil CDU, FWG und FDP an dem Bau und den dafür notwendigen Kosten in Höhe von 2 Millionen Euro festhalten möchten, lehnt die GAL ihre Zustimmung zum Etat ab. Die SPD enthält sich. Das Bild zeigt die geplante Ostring-Ausfahrt am Kreisverkehr Ostenfelder Straße.



Die Mensa in der Gesamtschule in Ennigerloh muss aufgrund der steigenden Schülerzahlen erweitert werden. Dafür wird die Stadt 350 000 Euro investieren. Die Kosten werden im Rahmen einer Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt 2014 aufgenommen.



Nur noch 5000 Euro statt bisher 10 000 Euro gibt die Stadt Ennigerloh in diesem Jahr für Geburtstags- und Ehejubiläen aus, die sogenannten Ehrengaben. Bilder: Schomakers / dpa

Hans-Henner Eisenhuth (FDP)

An eine Steuererhöhung denkt die FDP (noch) nicht

Ennigerloh (art). Politik sei immer an Kompromisse gebunden, „will man in einer Demokratie etwas positiv bewegen“, stellte Hans-Henner Eisenhuth (FDP) zu Beginn seiner Haushaltsrede fest. Kompromisse sei auch die FDP eingegangen. „Wenn auch mancher meint, die Politik habe Futter vorgesetzt bekommen und solle selbst wählen, was verträglich ist; der Bürgermeister und die Kämmerin seien feindlich. Ich bin der Meinung, dass sich die Politiker Gedanken darüber machen dürfen und müssen, welche Art von Zuwendungen in



der Zukunft weiterhin fließen oder nicht fließen werden.“

Die Entscheidung darüber, ob bestimmte Aufgaben für die Bürger in Zukunft nicht mehr angeboten werden sollten, müsse zeitnah geklärt werden. Zudem gelte es nach Ansicht der FDP, die vorhandene Infrastruktur zu erhalten und an vielen Stellen zu sanieren. „Wir haben ein Defizit in Millionenhöhe zu tragen und werden für die Investitionen in den Folgejahren auch Millionen Euro neuer Schulden aufnehmen müssen. Verschwenden wir Geld? Sicher nicht“, sagte Eisenhuth. In erster Linie werde in Schulen und Feuerwehren, in das Jugendzentrum und das Haus der Senioren, in die Kulturstätte Alte Brennerei und in die Sportvereine investiert.

„Dennoch: Unsere Investitionen sind lebenswichtig für das Gemeinwohl unserer Stadt.“ Die Ausgaben müssten kontrolliert und die laufenden Kosten reduziert werden. Die Investitionen lägen ohnehin schon unter dem Notwendigen. Um zu sparen, fordere Eisenhuth eine allmähliche Reduzierung der freiwilligen Leistungen auf das Machbare, die Überprüfung der Personalstruktur der Verwaltung, ein Sportstättennutzungskonzept und die ökonomische Beurteilung aller städtischen Immobilien. „An eine Steuererhöhung denken wir in dieser Situation (noch) nicht“, erklärte Eisenhuth. Um Einnahmen zu erhalten, müsse es weiterhin Ziel sein, dass sich neue Unternehmen ansiedeln.

Siggi Darga (GAL)

Bürger müssen mehr zahlen – und CDU hält an Straßenbau fest

Ennigerloh (gl). Nach Ansicht von Siggi Darga (GAL) verliefen die Haushaltsplanberatungen wie in einer Achterbahn. So sei im Stadtentwicklungsausschuss noch radikal gestrichen worden. Im Hauptausschuss seien dann alle vom Bürgermeister gewünschten Korrekturen sogar einstimmig beschlossen worden. „Vielleicht sollte Herr Lülf im nächsten Jahr im Vorfeld schon sagen, was gestrichen werden soll und was nicht, dann könnten wir uns einige peinliche Diskussionen ersparen.“



Die Haushaltsplanberatungen hätten deutlich gemacht, dass die

diesjährige schlechte Haushaltssituation keine einmalige Situation sei. Auch in den nächsten Jahren müsse sich die Stadt mit der Gefahr der Haushaltssicherung beschäftigen. Die Überlegungen beschränkten sich auf Dauer nicht nur auf Kürzungen. „Wir werden uns auch mit der Einnahmesituation beschäftigen müssen“, sagte Darga. Ob Bußgeld für Hundekot oder die Überlegung, den Sportvereinen die Sporteinrichtungen nicht mehr kostenlos zu überlassen: Allein diese beiden Anträge machten deutlich, dass in Zukunft alles mögliche hinterfragt werde, um nicht nur Geld einzusparen, sondern auch Mehreinnahmen zu erzielen.

Auch Grundsteuern würden auf den Prüfstand kommen. Eine

mögliche Einnahmequelle wären zudem die Windkraftanlagen, sagte Darga.

„Wir haben für unsere Bürger und Vereine schmerzliche Kürzungen beschlossen. Sie werden künftig für städtische Leistungen teilweise mehr zahlen müssen. Aber gleichzeitig hält die CDU mit aller Macht an den Bau des Ostrings fest.“ Ungeachtet dessen, wie man zu dem Ostring stehe, könne niemand den Bürgern erklären, dass Ennigerloh kurz vor der Haushaltssicherung stehe und deshalb alle ihren Gürtel enger schnallen müssten. „So lange der Ostring im Haushalt enthalten ist, wird die GAL Ennigerloh keinerlei Kürzung unseres Haushaltes mehr mittragen“, erklärte Darga die Ablehnung des Haushalts.